

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

64 (29.9.1949)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag mittags. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65 durch die Post 1.65 zuzüglich 36 Bpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Donnerstag, den 29. September 1949

Nr. 64

Um das Schicksal der D-Mark

Neue Besprechung mit den Hohen Kommissaren - Bundeskabinett lehnt Erhöhung der inländ. Kohlenpreise ab

Von unserem Korrespondenten

v. W. Bonn. Um das Schicksal der D-Mark sind am Mittwoch neue Spannungen und Schwierigkeiten aufgetreten. Bundeskanzler Dr. Adenauer gab dem Plenum des Bundestages und schon vorher der Presse einen Beschluß der Hohen Kommissare bekannt, welcher der deutschen Regierung nach einer neunzehnstündigen Beratung der Hohen Kommissare auf dem Petersberg in den Morgenstunden übermittelt worden war. Danach erheben die alliierten Hohen Kommissare keinerlei Einwände gegen die Neufestsetzung des DM-Außenhandelskurses auf 23,8 Dollar-Cents — das bedeutet, daß ein Dollar den Wert von 4,20 DM hat — durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Hohen Kommission betont jedoch gleichzeitig, daß alle bestehenden diskriminierenden Maßnahmen durch wirkliches Dumping aufgehoben haben und Maßnahmen zur Beseitigung direkter oder indirekter Subventionen, die einer Unterstützung zu Dumping-Zwecken dienen, bis zum 1. Januar 1950 abzubauen sind. Durch die Hohen Kommission sollen die zur Durchführung der Richtlinien notwendigen Untersuchungen angestellt werden. In Erwartung des Ergebnisses sind innerhalb sieben Tagen durch die deutsche Regierung Maßnahmen zu treffen, welche die Interessen derjenigen Länder schützen, die die deutsche Kohle einführen, damit sie durch die gegenwärtige Abwertung der D-Mark nicht geschädigt werden.

Die zwei Alternativ-Vorschläge der Hohen Kommission sehen vor, entweder Aufrechterhaltung desselben D-Mark-Preises für Exportkohle wie vor der gegenwärtigen Abwertung oder aber bei einer Erhöhung der Kohlen-Exportpreise eine Erhöhung des inländischen Kohlenpreises.

Der Beschluß der Hohen Kommission wird praktisch bedeuten, daß die Auswirkungen der Währungsabwertungen der europäischen Länder zu Lasten der deutschen Wirtschaft gehen. Deutsche Regierungskreise weisen darauf hin, daß eine Aufrechterhaltung desselben D-Mark-Preises für Exportkohle im Endresultat einem Ausverkauf des deutschen Kohlenbergbaus gleichkäme.

Der Weltmarktpreis für die Tonne Kohle beträgt gegenwärtig 16 Dollar — d. h. zum 30. Cent-Kurs umgerechnet DM 52,80. Den deutschen exportierenden Zechen ist jedoch nur ein Preis von rund 10 Dollar (33.— DM) bezahlt worden. Bei der von den Alliierten geforderten D-Mark-Angleichung auf 23,8 Dollar-Cents — die alte Goldmark-Parität von 4,20 für einen US-Dollar der Jahre 1923 bis 1932 — müßten künftig bei einer D-Mark-Angleichung für die Tonne Exportkohle 42.— DM gegenüber einem Weltmarktpreis von 67,20 DM erzielt werden. Da jedoch der bisher den deutschen Zechen bezahlte Preis von 33.— DM nach den französischen Wünschen auch weiterhin in Kraft bleiben soll, werde der deutsche Exportpreis gegenüber dem Weltmarktpreis noch weiter absinken, was zwangsläufig zur Folge hat, daß ein „Run“ aller Länder auf deutsche Kohle einsetzen würde. Außerdem würde das Devisen-Aufkommen empfindlich geschmälert.

Der andere Alternativ-Vorschlag der Alliierten auf Erhöhung des inländischen Kohlenpreises führe, wie Bundeskanzler Dr. Adenauer betonte, dazu, daß schlagartig die deutschen Kohlenpreise um 25 % erhöht werden müßten und damit eine so umfangreiche Verteuerung der Lebenshaltung eintreten würde, daß schwerste sozialpolitische Belastungen entstehen.

Wie der Bundeskanzler in seiner dem Plenum vorgetragenen Regierungserklärung weiter ausführte, lehnt das Kabinett, das selbst für eine D-Mark-Angleichung auf 22,5 Dollar-Cents eintrat, die Erhöhung der inländischen Kohlenpreise einmütig ab. Die deutsche Regierung hat auf Grund des Beschlusses der Hohen Kommissare um unverzügliche Verhandlungen mit den Alliierten nachgesucht. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß der Beschluß der Hohen Kommissare bisher noch nicht als rechtsverbindlich anzusehen ist, sondern erst der Akzeptierung durch das Kabinett bedarf.

In der anschließenden Aussprache kamen alle Fraktionen des Bundestages zu Wort. Es wurde der Beschluß der Hohen Kommissare einhellig als nicht diskutierbar angesehen.

Der Sprecher der Opposition, Dr. Schumacher, forderte von der Regierung die unverzügliche Vorlegung eines detaillierten Programms als Abwehrmaßnahme und beantragte, daß die zur Durchführung dieser Untersuchungen erforderlichen Mittel vom Bundestag bewilligt werden. Die SPD, so erklärte Schumacher, bedauere, daß es die Hohen Kommissare in dieser Frage europäischer Solidarität vorgezogen hätten, auf Kosten der Wirtschaftsinteressen eines Landes ein Diktat zu Gunsten anderer Interessen auszusprechen. Die SPD sei enttäuscht, daß die erste Anwendung des Besatzungsstatutes derartig wenig Rücksicht auf das Ansehen der deutschen Demokratie nehme. Dr. Schumacher sagte wei-

ter, die SPD-Fraktion fordere, daß die Bundesregierung keiner Regelung zustimme, die den arbeitenden Menschen in Deutschland Lasten auferlegt und andere Länder auf Kosten Deutschlands begünstigt. Der Sprecher der CDU, Dr. Bucerius, erklärte, die Bundesregierung solle an ihrem Standpunkt festhalten. Seine Partei erwarte, daß das Problem durch eine gegenseitige deutsch-alliierte Aussprache befriedigend gelöst werde. Der ehem. Finanzminister Dr. Hoepker-Aschoff (FDP) hob hervor, daß man bei der Überreichung des Besatzungs-Statuts die Versicherung einer loyalen Handhabung erhielt. Bei dem Memorandum der Hohen Kommissare habe man aber jetzt den Eindruck eines Diktates. Für die Bayernpartei sprach Dr. Seelos. Er sagte, die Besatzungsmächte hätten den Boden des Rechts verlassen. Nicht der neue Kurs der D-Mark sei entscheidend, sondern es gehe darum, ob der deutsche Arbeiter für ein Brot 10 oder 15 Pfennig mehr zu zahlen habe. Lortz (WAV) bezeichnete die Entscheidung der Hohen Kommissare als „eine Katastrophe für die deutsche Wirtschaft“ und als ein Mittel, den Patienten Deutschland statt langsam an einer Lungenschwindsucht, schnell an einem Blutzug zu sterben zu lassen. Der Sprecher der Nationalen Rechte verlangte den Rücktritt der Regierung, falls die Hohen Kommissare auf der „Verkopplung“ bestehe und die Regierung dieser zustimmen sollte. Anschließend sprachen noch die beiden Abgeordneten Agatz (KPD) und Dr. Russmann (Zentrum). Agatz erklärte, das Programm der Regierung stehe in völligem Widerspruch zu demjenigen der Gewerkschaften. Bei dieser Regierung gäbe es nur eins: „Hingew mit ihr so schnell wie möglich!“ Bundeskanzler Dr. Adenauer stellte in seinem Schlußwort zur Debatte noch einmal

ausdrücklich fest, die Regierung sei einmütig entschlossen, den Vorschlag der Hohen Kommission auf Erhöhung der inländischen Kohlenpreise nicht anzunehmen. Es müßte festgehalten werden, daß bisher noch nichts von Seiten der Alliierten vorgeschrieben und auch noch nichts von deutscher Seite zugesagt wurde. Dr. Adenauer warnte schließlich vor Versuchen, die deutsche Öffentlichkeit zu beunruhigen.

Die Debatte über die Regierungserklärung soll in der zehnten Plenarsitzung, die am Donnerstagmorgen voraussichtlich gegen 14 Uhr beginnt, mit einer Rede von Prof. Schmidt (SPD) abgeschlossen werden.

Die von der Regierung erbetene Besprechung mit den Hohen Kommissaren über das Abwertungs-Problem findet nach Mitteilung politischer Kreise am Donnerstagvormittag um 9.00 Uhr statt.

Wirtschaftsminister Erhard erklärte, an dem von der Hohen Kommission festgesetzten Umrechnungskurs von 23,8 DC werde sich wahrscheinlich nichts mehr ändern. Man werde mit den hohen Kommissaren in der Hauptsache über die von den Alliierten vorgeschlagenen Preise für die Export- und die Importkohle verhandeln.

Nach Informationen aus gut unterrichteten Kreisen soll man in alliierten Kreisen über die Pressekonferenz des Bundeskanzlers verstimmt sein. Dr. Adenauer habe die Sache so dargestellt, als ob die Änderung des DM-Wechselkurses eine Verhandlungsfrage sei.

Im Anschluß an die heutige Aussprache wird über die Anträge abgestimmt, u. a. über den Demontage-Antrag und über den Antrag der SPD, zur Verlegung des Bundessitzes nach Frankfurt.

Wirtschafts- und Sozialfragen

Vierter Tag der Aussprache

v. W. Bonn. Am vierten Tag der Aussprache über die Regierungserklärung des Kanzlers kamen zunächst weitere Redner der Koalitionsparteien zu Wort. Der Versuch eines Abgeordneten der Zentrumspartei, die Debatte zu unterbrechen und von der Regierung eine Erklärung über die DM-Umwertung zu verlangen, scheiterte daran, daß die geschäftsordnungsmäßige Aussprache zur Regierungserklärung auf der Tagesordnung stand.

Für die CDU sprach der Abg. Eitel, der sich eindeutig zur Frankfurter Wirtschaftspolitik bekannte. Die soziale Marktwirtschaft stelle einen echten Wettbewerb dar; in ihr könne der Verbraucher den Markt selbst regeln. Lenkung und Planung bedeute stets den Aufbau eines Polizeistaates. Eitel setzte sich für eine nachhaltige Steuerpolitik ein und forderte eine weitere Lockerung der Zwangswirtschaft.

Dr. Frey, ebenfalls CDU, beschäftigte sich mit landwirtschaftlichen Fragen. Im Mittelpunkt seiner Rede stand das Verlangen nach einer konstruktiven Agrarpolitik, die sich in einem gut funktionierenden Preissystem auswirke. Ein Auf und Ab der Preise sei für die Landwirtschaft schädlich.

Über die Lösung des Flüchtlingsproblems äußerte sich Dr. Kather (CDU), daß es besser sei, jetzt einen Eingriff in die Substanz der Einzelwirtschaften vorzunehmen, als einer Radikalisierung der Flüchtlingsmassen Raum zu geben, wie sie von sowjetischer Seite angestrebt werde.

Die FDP verzichtete durch ihren Abgeordneten Euler „auf das Wort in der dritten Runde“.

Zum landwirtschaftlichen Problem sprach sodann Dr. Mühlentfeld (DP). Er trat u. a. für die Stützung des Kunstgüterpreises ein und verlangte ein Ausnahmerecht für die Landwirtschaft, das die Freiheit in der Verfügung über blauerliches Eigentum festlegt und ein gesundes Pachtrecht wiederherstellt.

Im Namen der Bayernpartei warnte Dr. Besold vor einem überspitzten Zentralismus, dem Europa im 19. und 20. Jahrhundert zum Opfer gefallen sei. Bayern werde der treueste Partner der Bundesrepublik Deutschland werden, sofern diese Bundesrepublik föderalistisch aufgebaut werde.

Nach kurzer Sitzungspause sprach sich der Abgeordnete Loeffler von der WAV für eine positive Zusammenarbeit aller Abgeordneten im Interesse des deutschen Volkes aus.

Der anschließend zu Wort kommende Dr. Miessner der Nationalen Rechte wurde vom Präsidenten des Bundestages gerügt, als er die von seinen Vorrednern vorgetragenen Äußerungen als „Wahreden“ bezeichnete. Seine Äußerungen gipfelten in der Forderung nach einem sozialen Wohnungsbau, in den der Erwerbslose mit seiner Arbeitskraft eingespant werden müsse, und endete in dem zur Regierung dank gerichteten Satz: „An ihren Häusern sollt ihr sie erkennen!“

Zum ersten Mal sprach auch vor dem in-

zwischen stark gelächelten Plenum der einzige Abgeordnete der Notgemeinschaft Dr. Franz Ott, der für die Heimatvertriebenen eine beschleunigte Familienzusammenführung beanspruchte. Im übrigen erklärte der Redner, daß man in der Welt den Deutschen immer dann anklage, wenn er Nationalbewußtsein zeige, während dieser Wesenszug für alle anderen Völker eine widerspruchlos hingegenommene Selbstverständlichkeit sei.

Das Plenum vertagte sich nach einer Sitzung, die deutlich unter dem Zeichen der zur gleichen Stunde auf dem Petersberg stattfindenden DM-Umwertungsberatung der Hohen Kommissare stand, auf Mittwoch, 14.30 Uhr.

Protest gegen „Welt im Film“
Düsseldorf (SWK). Wegen der Bildfolge über die Eröffnung des Bundestages hat Ministerpräsident Arnold im Einvernehmen mit dem Ministerrat von Nordrhein-Westfalen ein Protestschreiben an die Filmwochenschau „Welt im Film“ gerichtet. Er stellt in diesem Schreiben fest, daß die Wiedergabe in der geeigneten Form jedes staatspolitische Gefühl vermissen lasse. Die Bilderfolge sei in technischer und sachlicher Hinsicht so mangelhaft, daß härtester Protest erhoben werden müsse.

Kredit für Berlin
Hoffnung auf Aufnahme in den Bundestag
BSL Berlin. Die Kommandanten der drei Westsektoren hielten am Mittwoch eine Besprechung ab, um einen drohenden Zusammenbruch der 4-Mächteverwaltung in Berlin zu verhindern. Ein sowjetischer Vertreter, der gleichfalls zu dieser Unterredung geladen war, erschien nicht.

Ein Kommuniqué über die Sitzung wurde nicht herausgegeben. Kreise der britischen Militärregierung meinen, der Erfolg weiterer 4-Mächte-Besprechungen hinge davon ab, ob die Sowjets das Eisenbahnerproblem lösen.

Am Rande des Bankrotts

Scharfer Angriff Churchills gegen die Labour-Regierung

Ch.Z. London. Die allgemein mit Spannung erwartete Unterhausdebatte über die Abwertung der Pfundwährung hat am Dienstag mit einer Rede des Schatzkanzlers ihren Anfang genommen. Am Mittwoch sprach als erster Redner Winston Churchill.

In seiner Rede erklärte Sir Stafford Cripps, die Regierung sei sich des Ernstes des Entschlusses, das Pfund abzuwerten, voll bewußt. Aber ohne eine Abwertung würden Arbeitslosigkeit und Verarmung eintreten, was die Regierung zu vermeiden entschlossen sei. Für Großbritannien selbst werde die Regierung danach trachten, die Lebenshaltungskosten auf ein Mindestmaß zu beschränken. Es dürfe nichts unternommen werden, um die Einnahmen des einzelnen aus Gewinnen und Gehältern zu erhöhen. Eine Preiskontrolle

Die Stadt Berlin wird in Kürze einen Kredit von 44 Millionen DM aus dem Gegenwertfonds des Marshallplanes erhalten. Die Gelder sind für den Wiederaufbau des Berliner Kraftwerkes West bestimmt. Wirtschaftsminister Erhard bezeichnete in einem Interview über den Sender RIAS diesen Kredit jedoch als unzureichend. Er werde seinen ganzen Einfluß geltend machen, damit Berlin in Zukunft weitere Kredite erhalte. Die Berliner Zentralbank hatte kürzlich den Kapitalbedarf der Stadt auf 450 Millionen DM beziffert.

Nach einer weiteren Mitteilung von Prof. Erhard steht der Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Ost- und Westdeutschland kurz bevor. Der Vertrag sieht einen Warenaustausch im Werte von 270 Millionen DM vor. 30 % der Lieferungen für die sowjetische Besatzungszone sollen Westberliner Firmen übertragen werden.

Der amtliche Wechselkurs von 1 Ostmark gleich 1/4 Westmark ist außer Kraft getreten. Ein neuer Wechselkurs wurde noch nicht bekannt gegeben. Der freie Wechselkurs in Berlin liegt nach wie vor bei 5 1/2 bis 6 Ostmark für 1 Westmark.

Der Berliner Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr äußerte sich über die Aufnahme Berlins in den Deutschen Bundestag. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Bundestag diese Frage in der allgemeinen Debatte über Berlin positiv entscheiden werde. Er fügte hinzu, nach seinem Dafürhalten werde Frankreich einem solchen Entschluß nicht mehr so ablehnend gegenüberstehen wie vor einigen Wochen.

VOM TAGE

Der millionste Flüchtling aus der Ostzone.
Am vergangenen Samstag traf im Lager Uzen-Bohdamm der millionste Flüchtling aus der Ostzone ein. Seit 1945 wurden von diesem Lager aus etwa 480 000 Ostzonenflüchtlinge in Westdeutschland untergebracht, während den übrigen die Einreiseerlaubnis verweigert wurde. Täglich treffen 400—500 Flüchtlinge aus der Ostzone im Lager ein. (v.W.)

Jetzt französische Manöver. Am Mittwoch begannen die Manöver der französischen Besatzungstruppen in Deutschland. Bei den Übungen werden auch amerikanische Flugzeuge eingesetzt. (R)

Belgier wollen 1200 Räume freigeben. Die belgischen Regierung stellen in Bonn haben sich bereit erklärt, etwa 1200 Räume in Bonn bis zum 15. Oktober freizugeben. In diesen Räumen sollen die meisten Bundesministerien untergebracht werden können. (v.W.)

Olympia-Konferenz bei François-Poncet. Der französische Hohen Kommissar François-Poncet empfing den Präsidenten des deutschen Olympischen Komitees Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg. Es wurde über eine französische Unterstützung für die Zulassung Deutschlands zum Internationalen Olympischen Komitee beraten. Der Besuch erfolgte auf Einladung des französischen Hohen Kommissars. (v.W.)

Osterr. Protest gegen Minenversicherung. Die österreichische Regierung hat ihren Gesandten in Budapest angewiesen, erneut gegen die Auslegung von Minen an der österreichisch-ungarischen Grenze zu protestieren. Seit dem 30. Juni dieses Jahres sind durch Minen zwei Personen getötet und vier verletzt worden. An einigen Stellen wurden Minen in einem Abstand von zwei Metern neben Grenzstraßen angebracht. (R)

US-Informationsblatt in Prag beschlagnahmt. Das amerikanische Informationsblatt in Prag wurde am Mittwoch von der tschechoslowakischen Regierung beschlagnahmt. Als Grund für diese Maßnahme wurde angegeben, das Blatt enthalte eine Beleidigung Rußlands. In dem Informationsblatt war ein Artikel der „New York Times“ abgedruckt, in welcher die Meinung vertreten wurde, deutsche Wissenschaftler hätten den Sowjets geholfen, das Geheimnis der Atomwaffen zu finden. (R)

Generalstabsoffiziere in Zivil. Drei skandinavische Generalstabsoffiziere in Zivil trafen in New York ein. Sie reisen in diplomatischer Mission weiter nach Washington. Über den Zweck ihrer Reise gaben sie keine Erklärung ab. (NBC)

werde festgesetzt werden und die Steuern auf ausgeschüttete Gewinne werden mit sofortiger Wirkung um 25 % auf 30 % erhöht. In den Staatsausgaben werden Einsparungen vorgenommen werden, jedoch nicht auf dem Gebiet der Landesverteidigung und der Sozialdienste.

Der Führer der Opposition, Winston Churchill, brachte in seiner Rede zum Ausdruck, man solle schleunigst ein neues Parlament wählen.

Alle Schwierigkeiten Großbritanniens könnten besser gelöst werden, wenn ein neues Unterhaus gewählt werden sei. Churchill sagte wörtlich: „Nach meiner Ansicht wird der Wahlfeldzug eine viel tiefere Kluft in allen Teilen und sozialen Schichten des Landes offenbaren als je zuvor.“

Um die Gliederung im Südwesten

Eine Stellungnahme Mannheims
Regierungspräsidium in Karlsruhe?

aus wirtschaftlichen Gründen für den Südweststaat einzutreten, erneut bestätigt.

Denkschrift der CDU Nordbadens — In der Südweststaatsfrage: Forderung nach einer Volksbefragung noch in diesem Jahre

Karlsruhe (SWK). Eine vom 27. September 1949 datierte Denkschrift der Christlich-DEMokratischen Union Nordbadens greift besonders aktuelle Fragen auf. Sie beschäftigt sich eingangs mit den Beamtenernennungen ausschließlich durch den Ministerpräsidenten. Hier heißt es wörtlich, daß sich die nordbadische CDU, der Auffassung einiger Kabinettsmitglieder, daß die bisherige Übung der Beamtenernennungen im Landesbezirk Baden durch den Präsidenten des Landesbezirks Baden ein einwandfreien Verfassungsdeutung nicht entspricht, nicht anschließen könne. Die nordbadische CDU hält es für sehr unwahrscheinlich daß der Ministerpräsident einen verfassungswidrigen Zustand, der folgerichtig seit dem 25. November 1946 bestünde, erst am 15. September 1949 zu ändern bestrebt ist. Die nordbadische CDU glaubt daher vielmehr, daß der Ministerpräsident sein verfassungsmäßiges Recht der Beamtenernennung für den Bereich des Landesbezirks Baden seinerzeit seinem Stellvertreter, dem verstorbenen Landesbezirkspräsidenten und Finanzminister Dr. Heinrich Köhler übertrug. Eine ähnliche Vereinbarung möge auch die gleichlaufenden Amtshandlungen des nach Dr. Köhler amtierenden Landesbezirkspräsidenten Gustav Zimmermann legalisiert haben. Selbstverständlich ist es dem Ministerpräsidenten nach Artikel 75 der württembergisch-badischen Verfassung unbenommen, ein von ihm übertragenes Recht zur Beamtenbenennung jederzeit wieder für sich selbst allein zu beanspruchen. Die nordbadische CDU hat aber Zweifel, ob solche einschneidenden Anordnungen zur Beendigung eines fast drei Jahre währenden gewollten oder geduldeten Zustandes geeignet sind, zur Belegung von Differenzen und zur Förderung eines nüchternen und leidenschaftslosen Urteils der badischen Bevölkerung am Vorabend einer staatlichen Neuordnung im südwestdeutschen Raum einen Beitrag zu leisten.

Mannheim (SWK). In einer gemeinsamen Entschließung des Stadtrates, der Industrie- und Handelskammer und des Ortsausschusses des württemberg-badischen Gewerkschaftsbundes heißt es u. a., daß der Zusammenschluß von Nordbaden und Nordwürttemberg von den Unterzeichnern der Resolution stets als eine Vorstufe zu einer Vereinigung des gesamten württembergisch-badischen Raumes aufgefaßt wurde. Die geographische Lage, wirtschaftliche Interessen und das Gebot einer Vereinfachung der Verwaltung heißen Ländergrenzen in diesem Raume als sinnwidrig erscheinen. „Der deutsche Staat kann nur von vorn herein, gesunden und wirtschaftlich ausgeglichenen Ländern getragen werden.“

Nach Berufung auf verschiedene Gesetze im allgemeinen und die Volksabstimmung in Württemberg-Baden vom 24. November 1946 im besonderen heißt es dann u. a. weiter: Dem großen Ziele der Bildung eines leistungsfähigen Südweststaates müssen kleinere Sonderinteressen unter allen Umständen untergeordnet werden.

Mit Besorgnis betrachten die Unterzeichner auch die Bestrebungen, einen selbständigen Landesbezirk Nordbaden mit eigenem Etat in dem vereinigten Land Nordbaden-Nordwürttemberg aufrecht zu erhalten. Diese nordbadische Sonderverwaltung hat sich schon bisher als ein Hemmnis für die Verschmelzung der beiden Landesteile erwiesen. Ein einheitliches Land muß einen Etat und eine zentrale Verwaltung besitzen, bei deren Gestaltung natürlich die nordbadischen Interessen entsprechend zu berücksichtigen sind. Eine selbständige und parlamentarisch nicht kontrollierte nordbadische Verwaltung ist ein Unding. Wenn man für den nordbadischen Landesteil eine Außenstelle der Stuttgarter Ministerien für notwendig hält, dann möge man die Stelle eines Regierungspräsidenten in Karlsruhe errichten.

Karlsruhe (SWK). Wie verlautet, wird sich am Freitag auch der Landesvorstand der SPD, mit der Frage des Südweststaates beschäftigen. In einer Sitzung führender Männer der SPD, am Montag wurde der frühere Beschluß,

liche Fragestellung der Wille des Volkes verfaßt wird. Die Alternativfrage kann daher nur lauten: Wiederherstellung der alten Länder Württemberg und Baden oder Südweststaat. Die Auszählung des Wahlergebnisses muß sinngemäß für die alten Länder getrennt durchgeführt werden. Eine spekulative Fragestellung würde auf die Erforschung des echten Volkswillens verzichten und eine Scheinabstimmung sein. — Die nordbadische CDU sieht in einem beschleunigten Abschluß der Vorverhandlungen für eine noch im Jahr 1949 durchzuführende Volksbefragung eine wesentliche Verpflichtung der württembergisch-badischen Regierung.

Die Ernennung von Beamten

Gesetzentwurf dem Landtag zugeleitet

er Stuttgart. Der Württemberg-Badische Ministerrat hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Zuständigkeit für die Ernennung von Beamten zugeleitet. Das neue Gesetz bezieht sich auf den Art. 75 der Württembergischen Verfassung. Die Landesbeamten des Höheren Dienstes werden durch den Ministerpräsidenten ernannt, befördert, in den Wartestand und in den Ruhestand versetzt oder entlassen. Für die anderen Beamten ist der Fachminister zuständig. Der Präsident des Landesbezirks Baden, das Landesarbeitsamt, das Technische Landesamt und die Landespolizeidirektionen in Stuttgart und Karlsruhe sollen ermächtigt werden, die ihnen unterstellten Landesbeamten des mittleren und einfachen Dienstes zu ernennen und zu entlassen. Anträge auf Beamtenernennung in Nordbaden werden über den Landesbezirkspräsidenten dem zuständigen Fachminister vorgelegt, der die Gesuche an den Ministerpräsidenten weiterleitet.

Zum Beschluß des Ministerrates hat gestern der Landesvorstand der CDU in Nordbaden Stellung genommen. In einer Denkschrift heißt es, der Ministerpräsident habe sein verfassungsmäßiges Recht zur Beamtenernennung seinerzeit Finanzminister Dr. Köhler übertragen. Eine ähnliche Vereinbarung sei wahrscheinlich auch mit dem Landesbezirkspräsidenten Gustav Zimmermann, dem Nachfolger von Dr. Köhler, getroffen worden. Selbstverständlich bleibe es dem Ministerpräsidenten überlassen, ein von ihm übertragenes Recht zur Beamtenernennung wieder für sich selbst zu beanspruchen. Die Nordbadische CDU berweifelt aber, ob solche einschneidende Anordnungen geeignet seien, ein nüchternes und leidenschaftsloses Urteil der badischen Bevölkerung in der Frage des Südweststaates zu fördern. Die CDU in Nordbaden könne dem Beschluß des Ministerrates nicht zustimmen.

„Noch nicht entschieden“

Südwürttemberg zum Wohleb-Vorschlag

M.K. Tübingen. Wie Ministerialrat Prof. Dr. Eschenburg erklärte, hat das Kabinett von Württemberg-Hohenzollern über den Vorschlag von Staatspräsident Wohleb zum Südweststaat noch nicht entschieden. Der südbadische Entwurf, eine Volksabstimmung über die Wiederherstellung der alten Länder Württemberg-Baden oder die Bildung eines Südweststaates vorzunehmen, müsse sorgfältig erwogen werden. Dr. Eschenburg deutete an, daß die drei süddeutschen Regierungschefs demnächst über diese Frage erneut verhandeln werden.

Hinsichtlich der Länderneuordnung in Südwestdeutschland ist die CDU des Landesverbandes Nordbaden der Auffassung, daß eine einschneidende Einschränkung der bisher von der nordbadischen Selbstverwaltung mit Wissen des Ministerpräsidenten ausgeübten Rechte im gegenwärtigen Zeitpunkt glatte, eine sekundäre Frage einem primären Anliegen überzuordnen. In einem Haus, dessen Umbau beschlossene Sache ist, ist es wenig sinnvoll, den Maler vor den Maurern zu bestellen. Die nordbadische CDU kann in keinem Falle Lösungen zustimmen, die ihre Legitimation nicht mit dem klaren Willen des Volkes in einer freien und demokratischen Volksabstimmung ausweisen können. Die gegenwärtige staatliche Gliederung Südwestdeutschlands ist in höchstem Maße unbefriedigend, und es werden sich wohl in keinem der drei Länder Verteidiger dieses Zustandes finden. Dies hat zweierlei zur Folge: 1. Die Neugliederung duldet keinen Aufschub mehr. 2. Eine Volksbefragung ist nur dann sinnvoll und demokratisch, wenn verhindert wird, daß durch eine gewollt oder ungewollt unzuläng-

Aus der Stadt Ettlingen

St. Michaelsstag

Regnets am St. Michaelsstag nicht, Dem Bauer ein trockenes Frühjahr verspricht.

Diese und viele anderen Wetterregeln beziehen sich auf den 29. September, der als Michaelstag mancherorts halber Feiertag ist, an dem man besonders der Toten gedenkt. Die jetzt wieder so früh nötige Beleuchtung bei der Arbeit veranlaßt den Spruch: An Michael kommt der Michel mit der Latern.

Heute Bürgerversammlung

In der Stadthalle beginnt heute um 20 Uhr die Bürgerversammlung, in der Bürgermeister H. Rimmelpacher einen Bericht geben wird, an den sich freie Fragestellung und Aussprache anschließt.

Riferiki!

Der Oedel hat gefriert!

Am Freitag nachmittag $\frac{1}{3}$ Uhr wird von der St. Martinskirche ab der alte und neue Wetterhahn vom Martinsturm durch die Straßen der Stadt getragen. Volksschuljugend begleitet und singt. Ein seltenes Spektakel für jung und alt. Ein jeder sehe sich das an — und werfe auch was in die Büchsen rein!

Am Samstag wird der neue vergoldete Hahn auf dem Turmkreuz unter den üblichen feierlichen Zeremonien befestigt zur Wetterwacht für kommende Jahrhunderte.

SPD, Ortsverein Ettlingen

Am Samstag, 1. Oktober, findet im „Ritter“ eine Versammlung des SPD-Ortsvereins Ettlingen statt. Es spricht: Bundestagsabgeordneter Oskar Matzner. Gäste willkommen.

Kreistagung der Feuerwehrkommandanten

Am kommenden Sonntag nachmittag sind alle Feuerwehrkommandanten und ihre Stellvertreter zu einer Dienstversammlung aus dem ganzen Landkreis Karlsruhe in die „Kanne“ nach Berghausen einberufen. Auch Herr Landrat wird der Tagung beiwohnen.

Forstämter Ettlingen und Mittelberg

Die Forstämter Ettlingen u. Mittelberg teilen mit, daß sich die Amtsräume des Forstamts Mittelberg in Ettlingen künftig in der Pforzheimer Straße 18 und diejenigen des

Forstamtes Ettlingen in der Schloßgärtenstraße 4 befinden.

Gesangverein „Freundschaft“ Ettlingen e. V.

Am Sonntag, 2. Okt., 19 Uhr, findet in der Stadthalle eine Herbstfeier mit Tanz und Gabenverlosung statt, zu der jedermann freundlichst eingeladen ist. Die Mitglieder werden gebeten, ihre für den Gabentisch gestifteten Herbstzeugnisse und sonstigen Gaben am Sonntag morgen ab 10 Uhr in der Stadthalle abzugeben, wo auch die Sänger ihre Eintrittskarten in Empfang nehmen können. Gleichzeitig wird auf den heutigen Anzeigenteil verwiesen.

Gesangverein „Eintracht“ Ettlingen

Wegen der heute stattfindenden Bürgerversammlung fällt die Singstunde aus.

Die Kolpingsfamilie Ettlingen hielt am Sonntag ihre Monatsversammlung ab.

Der neugewählte Pfises, Hochw. Herr Kaplan Eichhorn, hielt ein sehr interessantes Referat über das Papsttum. Besonders freute sich die Versammlung über das Erscheinen von Hochw. Herrn Josef Barth, Augustinusheim, der in markanten Worten zu den Anwesenden sprach.

Der Verein der Rassegeflügelzüchter macht seine Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Monatsversammlung erst am Freitag, 7. Oktober, abends 20 Uhr stattfindet.

Arbeitsamt Karlsruhe, Nebenstelle Ettlingen

Ab Dienstag, den 4. Oktober 1949, findet die Auszahlung für die Arbeitslosenunterstützung am Vormittag und Nachmittag statt und zwar:

Vormittags von 8—9 Uhr alle Frauen, auch die auswärtigen,

von 9—11 Uhr nur die auswärtigen männlichen Arbeitslosen.

Die männlichen Arbeitslosen der Stadt Ettlingen erhalten ihre Arbeitslosenunterstützung in der Zeit von 14—16 Uhr ausbezahlt.

Die Annahme der Anträge von Alu. und Alfu. erfolgt jeweils Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag in der Zeit v. 8—12 Uhr.

Zu allen übrigen Zeiten können Unterstützungsanträge nicht entgegengenommen werden.

In Malsch und Langensteinbach tritt keine Änderung ein.

Lehrstellenmangel im Handwerk?

Eine grundsätzliche Klarstellung

„Das Handwerk stellt keine Lehrlinge mehr ein. Es verurteilt in einem „Anfall von Selbstvernichtungswahn“ sich selbst zum Aussterben. Die Tage der letzten Meister sind gezählt. Das Handwerk entzieht sich seiner staatsbürgerlichen Pflicht, für den qualifizierten Gesellen- und Facharbeiter nach zu sorgen. Tausende Jugendliche können keine Lehrstellen finden.“

Diese und ähnliche Vorwürfe und Warnungen kann man fast täglich lesen. Eine grundsätzliche Klarstellung ist notwendig, die hiermit versucht werden soll.

1. Noch zu keinem Zeitpunkt seit fast 50 Jahren — solange besteht die Handwerkskammer — waren absolut und auch relativ — gemessen an der Zahl der Handwerksbetriebe — so viele Handwerkslehrlinge in der Lehrlingsrolle eingetragene wie heute. Gewiß eine verblüffende Feststellung angesichts der genannten Vorwürfe. Die Ursachen für diese Steigerung der Lehrlingszahlen liegen auf der Hand. Der Krieg und auch schon die Aufrüstungsjahre haben viele junge Menschen von der Erlernung eines Handwerks abgehalten, so daß nach dem Zusammenbruch ein verstärkter Zustrom zu den Lehrwerkstätten einsetzte. Das Handwerk hat diesen Strom nach bester Möglichkeit aufgenommen, wenn es auch, so wenig wie andere Bildungsinstitutionen, beispielsweise die Hoch- und Fachschulen, in der Lage war, ihn restlos zu bewältigen.

2. Das ist alles schön und richtig, wird man sagen. Das Handwerk hat also in den letzten vier Jahren viele Lehrlinge eingestellt. Wie ist es aber gegenwärtig hiermit bestellt? Hierzu wieder eine überraschende Feststellung: Das Handwerk stellt auch gegenwärtig noch mehr Lehrlinge ein als im Durchschnitt normaler Jahre. Richtig ist nur eines: Gegenüber den abnormen Einstellungen der letzten vier Jahre ist ein erheblicher Rückgang tatsächlich festzustellen.

„Warum werden weniger Lehrlinge eingestellt? Aus zwei Gründen:

a) Das scharfe Absinken des Beschäftigungsgrads in vielen Handwerksberufen wirkt sich automatisch auf die Lehrlingshaltung aus. Der Handwerksmeister, der keine oder nicht genügend Arbeit hat, kann keine Lehrlinge ausbilden. Lehrlingsausbildung ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Der Lehrling soll und muß aus der Vielfalt der täglich wechselnden praktischen Arbeit lernen. Wo diese Vielfalt fehlt, weil nicht genügend Arbeit vorhanden ist, entstehen Halbköpfer und Pflücker.

b) Die Lehrlingsausbildung ist auch eine finanzielle Frage für jeden Handwerksmeister. Daß sie das ist und daß mancher Handwerksmeister sich ausgerechnet hat, daß er — besonders in wirtschaftlich unsicheren Zeiten, wo er nicht immer voll beschäftigt ist — bei den Lehrlingen auch noch finanziell zusetzen muß und aus diesem Grund mit der Lehrlings Einstellung zurückhält, darüber sind nun viele dem Handwerk besonders böse.

Wenn man wünscht, daß das Handwerk recht viele Jugendliche ausbilden soll, dann darf man die finanzielle Belastung für die Lehrmeister nicht überspannen. Über die Höhe dieser Lasten berieten nun bei dem, die sie nicht zu tragen haben, oft sehr unklare Vorstellungen. Sie werden in der Regel unterschätzt.

Die Erziehungsbeihilfen sind im Jahre 1943 durch den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz stark erhöht, in den meisten Fällen auf ein Vielfaches der früheren Sätze hinausgesetzt worden. Dazu wurden sie auch

nach vereinheitlicht, d. h. für alle Berufe in gleicher Höhe festgelegt. Diese Anordnung galt mit einigen Ergänzungen bis vor kurzem. Sie ist der Ursprung allen Übels.

Gewiß, während der Vollbeschäftigung im Kriegs- und in der Nachkriegszeit bis zur Währungsreform, wo dazu vom Auftraggeber praktisch jeder geforderte Preis gezahlt wurde, machten sich keine nachteiligen Folgen bemerkbar. Seit der Währungsreform sieht die Sache aber anders aus. Jeder Handwerksmeister steht in scharfem Konkurrenzkampf und muß scharf kalkulieren, wenn er nicht unter die Räder kommen will.

Allein mit der Bezahlung der Erziehungsbeihilfe sind die Aufwendungen für den Lehrling ja nicht gedeckt. Dazu kommen die Soziallasten, die gerade in letzter Zeit durch das Sozialversicherungsanpassungsgesetz wieder gestiegen sind, der bezahlte Urlaub, der für Jugendliche unter 18 Jahren 24 Arbeitstage beträgt, die gesetzlichen Fest- und Feiertage, die bezahlt werden müssen, und nicht zuletzt die 10—15 Wochen Unterrichtsstunden in der Werkstätte, in denen der Lehrling in der Werkstatt fehlt. Im Krankheitsfall muß die Erziehungsbeihilfe bis zu sechs Wochen weitergezahlt werden. Wenn in Krisenzeiten die Arbeit stockt, läuft die Erziehungsbeihilfe weiter, auch wenn der Lehrling keine produktive Arbeit leistet.

Das alles sind Lasten, die den tatsächlichen Aufwand für den Lehrling auf mindestens das Doppelte der Erziehungsbeihilfe erhöhen.

3. Die Lage ist in den einzelnen Handwerksberufen und auch örtlich sehr verschieden. Die starre Festsetzung einheitlicher Erziehungsbeihilfen für alle Handwerksberufe ist ein ungesunder Zustand. Der wirtschaftliche Nutzen, den ein Lehrling in den einzelnen Handwerksberufen in den verschiedenen Lehrjahren dem Meister bringen kann, ist sehr verschieden. Das ganze Problem wird viel zu sehr unter dem Gesichtswinkel der Arbeitsleistung des Lehrlings betrachtet.

Vor 50 Jahren hat der Lehrling keine Erziehungsbeihilfe erhalten, sondern mußte vielfach noch Lehrgeld an den Lehrmeister bezahlen. Niemand wünscht diesen Zustand zurück. Auf der anderen Seite bringt aber die Überspannung und Schematisierung der Erziehungsbeihilfen tatsächlich die Gefahr mit sich, daß viele tüchtige Handwerksmeister keine Lust mehr zeigen werden, ihr Wissen und Können unter Mühe und Arbeit an die Jugendlichen weiterzugeben.

4. Vor wenigen Wochen sind die Erziehungsbeihilfen nochmals hinaufgesetzt worden. Man begründet diese Erhöhung mit sozialer Notwendigkeit. Ist es aber sozial gesehen richtig, die Erziehungsbeihilfen auf eine Höhe hinaufzuschrauben, die zwangsläufig ein Absinken der Lehrlingsleistungen mit sich bringen muß? Täglich sprechen die Eltern vieler Jugendlichen bei den Handwerksmeistern vor und erklären, daß sie gerne auf einen Teil der Erziehungsbeihilfe verzichten, daß es ihnen viel wichtiger sei, daß ihr Sohn oder ihre Tochter in der Lehrzeit wirklich etwas lernen, um für den Lebenskampf gerüstet zu sein.

Die Handwerksmeister können hierauf nicht eingehen, weil die Erziehungsbeihilfen unabdingbar sind. Man wird einen Weg finden müssen, dem Lehrmeister für seine Berufs-erziehungsaufgabe einen gewissen Anreiz zu geben. In Schweden erhält beispielsweise jeder Lehrmeister vom Staat für die Ausbildung eines Lehrlings einen Zuschuß von 1000 Kronen. Es ist der Überlegung wert, ob man nicht auch bei uns ähnliche Wege gehen soll und muß.

Mit der Kamera auf dem Meeresgrund

Spannender Vortrag des Biologen Dr. Haß

Den zahlreich erschienenen Besuchern der Stadthalle am Dienstagabend hatten wir nicht zu viel versprochen, als wir in der E.Z. vom 24. 9. auf den Meeresvortrag von Dr. Haß hinwiesen. Schon als Student verstand es dieser sportliche Tiefseeforscher, sehr spannend von seinen Erlebnissen zu berichten. Für alle ist es wohl eine völlig neue Welt, in die der Biologe Dr. Haß mit seinen großartigen Lichtbildern und Erzählungen einführt. Im Karibischen Meer zwischen Mittel- und Südamerika begann er mit seinen beiden Freunden vor dem Krieg die Korallenlandschaften zu erforschen. (Dabei mußten sich die jungen Taucher gegen den Verdacht schützen, zu einer 5. Kolonne zu gehören.) Wenn der Mensch diese Fischwelt richtig kennen lernen will, darf er nicht mit einem schwerfälligen Tauchapparat ankommen. Deshalb verschaffte sich Hans Haß künstliche Flossen. Mit Kamera und Waffe (Harpune oder Messer) geht es in die Tiefe, um seltene Fische und andere Lebewesen zu fangen und ihr Leben zu beobachten. Ein kleines Sauerstoffsäckchen auf den Schultern ermöglicht es, manchmal bis zu einer Stunde unter Wasser zu bleiben. Jetzt konstruieren die drei einen elektrisch heizbaren Schwimmanzug, um auch die Arktissee zu erforschen zu können.

Wenn die Waffen versagen, lassen sich Haie und andere gefährliche Meeresbewohner auch durch kräftigen Stimmenaufwand verschrecken (unter Wasser setzt sich das Rufen in Wasserbewegung um, die von den Kiemen des Haiisches als Störung empfunden werden).

Mit immer neuem Staunen folgten wir dem kühnen Forscher auf seinen Tauchwegen, die nicht nur sportliches und wissenschaftliches Interesse verdienen. Auch die wirtschaftliche Erschließung des Meeres kann dadurch angeregt werden. Wohl jeder der dankbaren Zuhörer ging mit dem Gefühl nach Haus, daß Dr. Haß Pionierdienste für die Menschheit leistet.

Aus dem Amtsgericht

Vier Tage Jugendarrest erhielt ein jugendlicher bei der Dienstsitzung des Amtsgerichts, da er sich vor längerer Zeit von ver-

schiedenen Kameraden Vorauszahlungen leisten ließ, wofür er gute Fotografien besorgen wollte. Da er jedoch diese Gelder unterschlagen hatte, wurde er nun zur Rechenschaft gezogen.

Wegen unerlaubten Zeltens hatte sich kürzlich eine junge Sportlerin zu verantworten. Da sie Einspruch erhoben hatte, war ein Berufungstermin auf Dienstag festgelegt, bei dem nun wegen Nichterscheins das bereits ausgesprochene Urteil rechtskräftig wurde.

Noch ein Malkäfer

wurde der EZ gebracht, die ihn der Naturwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft beim Rg. Ettligen zuführte. Vielleicht können sich die Käferkundigen in der Malkäfersprache mit dem verspäteten Gast über seine Herbstreise unterhalten.

Film-Vorschau

„WIENER MELODIEN“

Ein Donau-Film im Verleih der Herzog-Film GmbH.

Dieser heitere Film spielt zwischen Wien und Salzburg und behandelt das außergewöhnliche Schicksal der Zwillingsschwester Lilli und Viktoria. Ihre Mutter, eine Wiener Soubrette, starb bei der Geburt der Kinder und diese fanden Aufnahme in einem Waisenhaus. Ihr Vater, ebenfalls Musiker, hatte die Mutter bereits vor der Geburt der Kinder verlassen und nie etwas von ihrer Existenz der zwei kleinen Mädchen erfahren. In frühem Alter wird Viktoria von einem schwedischen Großindustriellen adoptiert; sie wächst in Stockholm zu einer jungen vornehmen Dame heran. Lilli, die von ihrem Vater aus dem Waisenhaus abgeholt wurde als er bei seiner Rückkehr nach Wien von ihrem Dasein erfuhr, wird ein echtes fröhliches Wiener Mädel. Beide Mädchen haben die große Musikalität ihrer Eltern geerbt. Viktoria neigt zur ernsten Musik, während Lilli, die Wienerin, ihre Begabung für die leichte Muse, für die Operette und das Chanson, entwickelt. Da sich beide Schwestern zwangsläufig in dem musikalischen Kreise Wiens bewegen, kommt es auf Grund der großen Ähnlichkeit zu seltsamen Verwicklungen und Konflikten.

Viktoria wird für Lilli und Lilli für Viktoria gehalten. Ihre Partner glauben in der Doppelerscheinung der Mädchen nur eine Person zu sehen, die sie durch ihr rätselhaftes Verhalten verwirrt. Die Folge davon ist Verstimmung und sogar eine Trennung der Liebenden. Schon droht ein resigniertes Finale, als endlich die Aufklärung der Wirrnisse durch den Vater der Mädchen erfolgt. Ein frohes „Happy End“ beschließt den Film. Der besondere Zauber dieses heiteren Wiener Musikfilms liegt darin, daß der „Wiener Nachtigall“, der bekannten und schönen Wiener Sängerin Elise Mayerhofer in der weiblichen Doppelrolle Gelegenheit zur Entfaltung ihres Könnens sowohl auf dem Gebiet der ernsten als auch auf dem der heiteren Muse geboten wird.

Der Film läuft ab Freitag in Ettligen.

Marktpreise vom 28. September

Zufuhr: 70 Zentner			
Obst			
Zwetschen	45-50	Nüsse	1.20
Pflaume	25-40	Eier S 47, B 45, C 42	
Datteln	1.40	Aussortierte Eier	48
Zitronen	Stück 15	Frischeier	48
Äpfel	20-45	Fische	
Birnen	25-40	Kabeljau-Filet	80
Trauben	60-70	Rollmopse	Stück 15
Preiselbeeren	1.-	Lachs	100 g 65
Gemüse			
Blumenkohl	15 u. 50	Büchlinge	60
Wirsing	25	Grüne Heringe	35
Weißkraut	15	Salzheringe	55
Karotten	20	Fleisch	
Kohlrabi	Stück 15	Pferdefleisch	1.10
Kopfsalat	Stück 20	Pferdewurst	1.50
Endivien	20	Hackfleisch	1.10
Gurken	20	Dauerwurst	1.70
Rettiche	Bund 15	Knacker	30
Gelberüben	20	ff. Wurstwaren	
Rote Rüben	15	Lyoner	40
Knoblauch	300 g 60	Leberkäse	55
Zwiebeln	20	Schinkenwurst	55
Kartoffeln	9	Bierwurst	55
Tomaten	15	Thür. Leberwurst	60
Rotkraut	15	Thür. Blutwurst	65
Spinat	25	Zungenwurst	60
Bohnen	40	Bierschinken	65
Möhrenrettich	70-90	Hausmacher	60
Pilze	70	Teewurst	65
		Salami	75

Sonderfahrten

- Wir verweisen nochmals auf die bereits in der EZ am 27. 9. bekanntgegebenen Fahrten:
- 30. 9. Omnibusfahrt nach Stuttgart zum Cannstatter Volksfest. Anmeldungen im Zigarrenhaus Ziegler-Stöhrer und Ettliger Zeitung.
- 2. 10. Sonderzug der Albtalbahn nach Ellmendingen. Karten an den Schaltern der Albtalbahn.
- 2. 10. Weinfahrt mit dem „Fidelien Sonntagsbummler“ zum Weinfest nach Neustadt. Karten am Reichsbahnhof.

Wetterbericht

Wetterlage: Das europäische Hochdruckgebiet zeigt eine leichte Abschwächung. Für Süddeutschland ist aber zunächst noch keine Änderung des bestehenden Witterungscharakters zu erwarten.

Für Nord-Baden: Am Donnerstag und Freitag heiter bis wolkenlos. Örtlich Frühnebel. Tagsüber warm mit Höchsttemperaturen bis zu 22-26 Grad, nächtliche Tiefsttemperaturen 6-9 Grad. Schwachwindig.

Barometerstand: Schön.

Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): 10°.

Zürcher Noten-Freiverkehrskurse

London (1 Pfund)	28. 9.	27. 9.
New York (1 Dollar)	12.10	12.30
Paris (100 fr.)	4.31	4.30
Deutschland (100 DM)	1.12	1.15
Belgien	66.50	68.-
Wien (100 Sch.)	15.-	15.25

Berlin, 28. Sept. Wechselstuben-Umrechnungskurs 1 DM (West) = 5.60 - 5.80 DM (Ost.)

Schweinemarkt v. 28. Sept. 1949 in Ettligen

Zufuhr: 51 Läufer und 18 Ferkel. Verkauft: 42 Läufer und 11 Ferkel. Preis: Läufer das Stück 65-75 DM, Ferkel das Stück 25-40 DM. Außerdem wurde ein Läufer zum Preis von 125 DM verkauft. Der Geschäftsgang war mittelmäßig.

ETTLINGER ZEITUNG

Süddeutsche Heimatzeitung für den Albgau
Veröffentlicht unter General-Lizenz Nr. 3
Verantwortl. Herausgeber: A. Graf, Ettligen
Druck und Anzeigen-Annahme: A. Graf,

Der Kenner lobt, der Zweifler probt:

BADENIA-PUTZOEL

das angenehm riechende Reinigungsmittel für gewachte Böden jeder Art. Ohne Wasser, Seife und Späne anwendbar.

Badenia-Drogerie
Rudolf Chemnitz, Telef. 290

Radio-Baumgartner
jetzt
Karlsruhe
Sofienstraße 35
Fernruf 5808

Dr. med. J. Wiedner
Facharzt für Orthopädie und orthopädische Chirurgie
Karlsruhe - Telefon 6509
Ich habe meine Praxis von Schwarzweidstr. 18 nach Waldstr. 24 (neben Hotel Karpen) verlegt.
Sprechstunden 9-11, 15-17 Uhr.
Mittwoch u. Samstag 9-11 Uhr.
(Zulassung zu allen Kassen).

Kursbuch
der südwest. Eisenbahnen
Winterfahrplan Preis DM 2.00
Amlicher Taschentfahrplan
der Eisenbahndirektion Karlsruhe
Winterfahrplan Preis DM 0.60
erhältlich bei
Buchdruckerei A. Graf
Ettligen, Schöllbronner Str. 5

Gute Laune bereitet ein reichhaltiger Abendisch!

Fischkonserven Eversch. Soßig	
Gabelbissen Dose	0.95
Borschieber in Öl, Dose	0.75
Krabbenfleisch	1.25
Schweinsl.-Paste	0.95
Sardellenfilets	Glas 1.75
Seelachs l. Scheib. 100 gr	0.65
" 110 gr Dose	0.95

Mayonnaise-Kapern
Bismarckheringe - Rollmops
Bratheringe, lose u. in Dosen
Täglich frisch geräucherte

Büchlinge
Frischtisch-Filets
Käse- und Wurst-Aufschnitt
immer frisch aus eig. Kühl-anlage.

Hermann HAUCK
ETTLINGEN

Gesangverein „Freundschaft“
ETTLINGEN e. V.

Sonntag, den 2. Oktober 1949, in der
STADTHALLE ETTLINGEN

Herbstfeier mit Tanz

und Gabenverlosung

Beginn 19.00 Uhr Eintrittsgeld 1.- DM
Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Samstag, den 1. Oktober

Eröffnungs-Ball

im renovierten Saal des
Darmstädter Hof

Für Unterhaltung, gute Küche und Getränke ist bestens gesorgt.

Saal für Vereine und Gesellschaften bestens zu empfehlen.

Schuh-Neuheiten für den Herbst

Damen-, Herren- u. Kinderschuhe mit Natur-Kreppsohlen

bei

OTTO RISSEL

Nach einem arbeitsreichen Leben verschied heute früh wohl vorbereitet mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Hermann Keßler

Schreinermeister
im 76. Lebensjahre.

In stiller Trauer:
Adelheid Keßler, Kinder und Anverwandte.

Ettligen, den 29. September 1949.
Beerdigung Samstag 1. Oktober, 15 Uhr.



Und Dein Most?
...Sischt halt die Säure!

Er wird allemal wohlschmeckender und haltbarer, wenn Sie Boehringer's Mostsäure **CITROX** zusetzen.

Fordern Sie bitte unseren „Mosterspekt“ an!
C. H. BOEHRINGER SOHN - INGELHEIM/RHEIN

Für HERBST und WINTER kräftige

Lederschuhe und Stiefel

warme Hausschuhe

in guter Qualität zu billigsten Preisen

Schuhhaus FRITZ STAUB, Ettligen

„Es lohnt sich der Weg“

Meine leichten Regen-, Popeline- u. Übergangsmäntel, Straßen-, Abend- u. Sport-Anzüge sind Höchstleistungen an Güte u. Substanzen Preis.

Sonderposten: Knaben u. Mädchen-Mäntel, Reine Wolle, 0 bis 12 J., von 25.-38.

Spezialhaus f. Herren- u. Knabenkleidung Berufskleidung, Maßanfertigung.

MARKS THIEL
KARLSRUHE
Markgrafenstraße 30a bei d. Gewerbeschule

Wenn sich's um **RÜNFUNK** dreht man stets zu **RADIO-BECKER** geht

ZU VERKAUFEN
Mostobst, 5-6 Ztr. (Apfel u. Birnen), zu verk. Zu erf. unter Nr. 2599 an die E.Z.

Anzeigen haben großen Erfolg in der Ettliger Zeitg.

Kleiner Ofen zu verkaufen. Kraft, Rheinstraße 8.

Es leuchten die

herrl. Farben von **KINESSA - HOLZBALSAM** (eichengelb, mahag. od. nußbraun). Der Balsam wird wie Bohnerwachs aufgetragen. Dann glänzen u. Ihre Böden erhalten Nahrung, Hochglanz und Anstrich mit

KINESSA HOLZBALSAM

Jetzt in echter Frieden-qualität mit Garantiendebit
Dosen zu 1.70 und 3.20

Verkaufsdepot:
Badenia-Drogerie
Leopoldstr. 7 Telefon 290

Entlaufen
Schwarzer Zwergschнауzer entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben. Marktstr. 1.

ZUMIETEN GESUCHT
Zimmer in ruh. Lage von alleinsteh. Herrn gesucht. Angebote unter Nr. 2593 an die Ettliger Zeitung.

STELLENANGEBOTE
Tüchtige, erfahrene **Abonnenenwerber** sofort gesucht. Vorzustellen in d. Ettliger Zeitung.

Perfekte Stenotypistin
keine Anfäng., 180 Stb., einwandfreie Wiedergabe zum sofort. Eintritt ges. Ausf. Berw. m. Zeugnisabsch. (ft. u. Gehaltsanspr. u. Nr. 2598 a. d. E.Z.)

Schützen Sie Ihren Most vor dem Verderb!
Ein Säurezusatz ist dieses Jahr unerlässlich. Zur Haltbarmachung hat sich

Sauß's Ettliger Kunstmost-Ansatz

schon tausendfach bewährt.
100 Ltr.-Flasche DM 3.60
100 Ltr.-Paket DM 4.00

Ferner empfehle ich:
Reinzechtheften, Fallbahnen, Falllichte, Gärrohren, Holzspunden u. Kork-, Schwefelschnitte, Schwefel-tabletten, Fallbürsten.

Hermann HAUCK
ETTLINGEN